

# Noch ein Wort zu der Grey-Biographie G. M. Trevelhans

Von Gustav Roloff

(Berlin, im Mai 1938)

Zu der Biographie Edward Greys von G. M. Trevelhan ist in der deutschen Forschung mehrfach referierend und kritisch Stellung genommen, z. B. von Erich Brandenburg in den Berliner Monatsheften (XV, 8), aber es scheint mir noch ein Wort darüber geboten, da das Buch mit dem Anspruch auftritt, eines der wichtigsten Probleme aus der Vorgeschichte des Weltkriegs, die deutsch-englischen Beziehungen, authentisch aufzuklären. Umsomehr haben wir die Pflicht, näher zu prüfen, ob wir bei dem Verfasser ein wirkliches Verständnis für die großen Fragen finden, das wir bei seinem Helden vermissen, als vor kurzem eine deutsche Übersetzung erschienen ist, die dem Buche einen weiten deutschen Leserkreis gewinnen soll. Haben doch schon die Denkwürdigkeiten Greys durch ihre geschickte, aber völlig verzeichnete Schilderung der Zusammenhänge und Personen viel dazu beigetragen, in weiten Kreisen, die der Forschung ferner stehen, falsche Vorstellungen zu verbreiten.

Schon die Grundthese Trevelhans, daß Deutschland die Eroberung der Hegemonie in Europa, ja die Weltherrschaft erstrebt habe — er vergleicht es mit Spanien und Frankreich unter Philipp II., Ludwig XIV. und Napoleon I. — ist, wie Brandenburg bereits betont hat, falsch, und der Verfasser macht nicht den bescheidensten Versuch, sie zu beweisen. Man kann ihn schon durch die einfache Frage entwaffnen, warum denn Deutschland nicht im Jahre 1905 oder 1908, als Rußland kampfunfähig war, zu einer solchen Vergewaltigung Europas geschritten ist? Und wie wenig seine Anschauungen in die Tiefe dringen, zeigt seine Darstellung des Verhältnisses zwischen

Deutschland und Frankreich: die Annexion Elsaß-Lothringens ist ihm der Urgrund des Gegensatzes zwischen beiden Ländern. Er übersieht völlig, daß die elsäß-lothringische Frage nur ein sekundäres Moment war, daß der Gegensatz schon lange vorher in der Feindschaft Frankreichs gegen die deutsche Einheit begründet war, und daß die Annexion zur Sicherung der neuen Einheit gegen die französische Feindschaft dienen sollte. Die „Revanche“ bedeutete daher für die Franzosen weit mehr als nur die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens, dahinter stand stets die Idee, das Deutsche Reich wieder zu zerschlagen und Frankreichs Vorherrschaft auf seinen Trümmern aufzurichten. Es war ein geschichtliches Verhängnis: da Frankreich einmal seine nationalen Grenzen überschritten und deutsches Gebiet annektiert hatte, mußte es stets auf die Rückforderung seiner Eroberungen durch ein zu Kräften gekommenes Deutschland gefaßt sein. Die französische Propaganda während des Krieges und die Ereignisse von 1918—30 bezeugen diese Gedanken deutlich genug. Ein Autor, der diese Grundlage des deutsch-französischen Gegensatzes nicht kennt, muß notwendig zu einer schiefen Beurteilung der Jahrzehnte nach 1871 kommen.

Nicht richtiger beurteilt der Verfasser die deutsch-russischen Beziehungen. Er sieht in dem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn den Ursprung des Gegensatzes zwischen Rußland und Deutschland, ja den Beginn der Einkreisung Deutschlands. Das Bündnis, sagt er, unterstützte die antislawische Politik Oesterreichs in den Balkanstaaten, zwang Rußland zum Bündnis mit Frankreich und wurde so der Anlaß zu dem „unheilvollen Bündnisystem“, das schließlich zum großen Kriege führte. Jeder Satz in dieser Aufstellung ist falsch. Von einer antislawischen Politik Oesterreich-Ungarns kann man nicht sprechen; Serbien stand ja damals Oesterreich nahe, es handelte sich vielmehr um den Schutz der Habsburgischen Monarchie vor der drohenden Umklammerung durch Rußland und damit zugleich um den Schutz der westlichen Balkanslawen vor der russischen Vergewaltigung. Und das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland war im Prinzip seit 1871 in Paris wie in Petersburg beschloffen. Beiden Staaten war der legitime Zusammenschluß der deutschen Nation widerwärtig, weil er ihre hergebrachte politische Einflusssphäre in Mitteleuropa einengte. Schon die Haltung des Fürsten Gortschakoff während und nach der Dreikaiserzusammenkunft im Jahre 1872 und vollends während der angeblichen Friedenskrise von 1875 zeigt die Gemeinschaft Rußlands mit Frankreich aufs deutlichste, und in Frank-

reich hat man stets die Zuversicht gehegt, an Rußland eine mächtige Stütze zu besitzen<sup>1)</sup>.

Wenn Trevelyan dem russisch-französischen Bündnis ausschließlich defensiven Charakter zuschreibt, so hätte er sich aus den französischen Akten eines Besseren belehren können. Die Äußerungen Murawiewffs und Delcassés, daß die Allianz an dem Tage ihren Wert verloren habe, an dem Frankreich den Verlust Elsaß-Lothringens als endgültig betrachte (25. Juni 1901), scheinen ihm unbekannt geblieben zu sein. Bei diesen vorgefaßten Meinungen und unzureichenden Aktenkenntnissen konnte ihm natürlich nicht zum Bewußtsein kommen, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich für beide ein Gebot der Selbsterhaltung war, daß Deutschland insbesondere sich gegen seine beiden Nachbarn auf die Habsburgische Großmacht stützen und deshalb auf ihren Schutz bedacht sein mußte. Er hat wohl auch nicht erkannt, daß seine Kritik des Bündnisses eine herbe Verurteilung Beaconsfields und Salisburys enthält, die beide den Bund mit großer Freude begrüßten und sogar zur Teilnahme daran bereit waren (Berliner Monatshefte XII, S. 3).

Vollends oberflächlich beurteilt Trevelyan, wie Brandenburg ebenfalls bemerkt hat, die Lage Oesterreich-Ungarns. Nirgends erwähnt man, daß die Wiener Regierung sich seit 1903 gegen revolutionäre, mit verbrecherischen Mitteln arbeitende Angriffe verteidigen mußte, und daß die Annexion Bosniens ein solcher Akt der Selbstverteidigung war. Der Verfasser tadelt natürlich die Annexion als Bruch des internationalen Rechts scharf. Er leitet das Recht zu diesem Verdikt aus der Gewohnheit der britischen Regierung her, das internationale Recht und die Verträge um ihrer selbst willen aufrechtzuerhalten (S. 224/5). Leider werde diese englische Uneigennützigkeit und Gerechtigkeit von den europäischen Staatsmännern in der Regel als Machiavellismus interpretiert. Aber er hütet sich, diesen Grundsatz auf den Ursprung der Marokkokrise, die Beseitigung des internationalen Vertrags von 1880 durch England und Frankreich, anzuwenden, und er hätte von diesem ethischen Standpunkt aus bei der Besprechung des österreichisch-serbischen Konflikts im Jahre 1914 hervorheben müssen, daß die Wiener Maßregeln zum guten Teil durch die üblen Erfahrungen, die man mit der serbischen Vertrags-treue seit 1909 gemacht hatte, zu erklären sind.

<sup>1)</sup> Koloff, Entstehung der russisch-französischen Allianz. „Gelbe Hefte“ Okt.-Nov. 1939.

Die Grundthese, daß Deutschland nach der Hegemonie zu Wasser und zu Lande getrachtet habe, soll plausibel gemacht werden durch die wiederholte Behauptung, daß Deutschland bereits die stärkste Armee der Welt geschaffen und sich um die Errichtung der stärksten Flotte bemüht habe. Hierauf einzugehen, lohnt kaum noch; zu oft ist schon nachgewiesen, daß Deutschland nie eine der englischen ebenbürtige oder gar überlegene Flotte geplant hat, daß seine Armee selbst unter Einschluß seiner Bundesgenossen dem Zweibund numerisch bei weitem nicht gewachsen war, und daß bei der steigenden Vermehrung der russischen Armee das Mißverhältnis sich noch vergrößern mußte. Es beleuchtet seine Parteilichkeit, daß er in der Schilderung der maritimen Maßregeln auf beiden Seiten völlig beiseite läßt, daß die englische Marinepolitik im Jahre 1902, also als die deutsche Flotte erst in ihren Anfängen war, durch die Verstärkung der heimischen Geschwader und den Bau des Nordseehafens Firth of Forth eine entschieden anti-deutsche Richtung einschlug. Die Drohungen, mit denen die Navy League und andere Kreise, der Admiral Fitzgerald, der erste Zivillord der Admiralität Lee und der Großadmiral Fisher diese Neuerungen begleiteten, kann er nicht ganz verschweigen, aber er gibt ihnen eine überaus harmlose Deutung: es seien halb ernste, halb spaßhafte Bemerkungen, die „die humorlosen Deutschen“ nicht verstanden hätten. „Sie nahmen natürlich an, daß entsprechend ihrem eigenen verfassungsmäßigen Brauch unsere Marine- und Heeresautoritäten einen Einfluß auf die Politik hatten, den sie in der Tat außer dem ihnen vorbehaltenen Bezirk der technischen Beratungen nicht besaßen.“ Hier tritt die grundfalsche, aber in den englischen Darstellungen anscheinend unausrottbare Vorstellung auf, daß in Berlin eine Art militärischer Nebenregierung, die im letzten Grunde die Politik dirigiert habe, bestanden habe, während in England allein die verantwortlichen verfassungsmäßigen Faktoren die Politik geleitet hätten. Tatsächlich war es umgekehrt. Wo und wann hat in Deutschland eine Militär- oder Marinebehörde einen nicht verfassungsmäßigen Einfluß ausgeübt? Daß Tirpitz gegen Bethmann-Holweg im Jahre 1912 durchdrang, kann man nicht als Beweis anführen, denn die Beratungen fanden in durchaus verfassungsmäßiger Form statt. Wann hat in Deutschland eine militärische Behörde eigenmächtig, ohne Befragung der verfassungsmäßigen Instanzen, eine so wichtige Maßregel getroffen wie der englische Staatssekretär Churchill, als er am 26. Juli 1914 die von der Regierung beschlossene Demobilisierung der Flotte nicht ausführte? Und wann

hätte der deutsche Generalstab je eine derartige Tätigkeit entfaltet wie der englische General Wilson, der durch seine halb eigenmächtigen Verhandlungen mit Foch die französische Zuversicht auf die englische Kriegshilfe verstärkte und damit seine Regierung moralisch verpflichtete?

Viel Raum wird der Behauptung gewidmet, daß die englische Politik, insbesondere die Politik Grey's, nie ein Uebelwollen gegen Deutschland vertreten habe: nie habe sie an Isolierung und Einkreisung gedacht, nie habe sie aggressive Neigungen in Frankreich und Rußland gegen Deutschland unterstützt; keine Entente enthalte irgend eine Feindseligkeit gegen Deutschland. Im Gegensatz zur deutschen Politik, die — ein unseliges Erbe Bismarck's — Unfrieden zwischen den Mächten zu säen bemüht gewesen sei, habe die englische stets für Beseitigung aller Reibungsflächen gearbeitet. Und speziell ihr Wohlwollen für Deutschlands Expansion in Afrika und Asien habe sie durch die Verträge bewiesen, die im Jahre 1914 bis zur Unterzeichnung gediehen waren.

Ist dem Verfasser in seiner Polemik gegen die Idee der Einkreisung nicht bekannt geworden, daß König Eduard durch persönliche Einwirkung auf Kaiser Franz Josef im Jahre 1908 das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich zu lockern versucht und im folgenden Jahre in Italien dieselbe Taktik eingeschlagen hat? Der König hat sich nicht gescheut, die italienische Regierung mit der Wahrscheinlichkeit eines nahen deutsch-englischen Krieges zu ängstigen und nach dem Urteil des russischen Geschäftsträgers starken Eindruck damit erzielt (Siebert, 22. Juni 1909). Gerade der Biograph Grey's hätte Anlaß gehabt, diese Episode nicht mit Stillschweigen zu übergehen, sondern, weil die englischen Akten uns hier im Stich lassen, die Stellung des amtlichen Leiters der auswärtigen Politik zu dieser unverantwortlichen Nebenregierung klarzulegen. Kenntnis davon muß Grey gehabt haben, da auch der Botschafter in Rom, Sir Renell Rodd, mit dem Grey auf intimum Fuße stand, eingeweiht war. Trevelyan hätte sich die Frage vorlegen müssen, ob nicht diese Vorgänge, die der deutschen Regierung bekannt wurden, dazu angetan waren, die Vertrauenswürdigkeit der englischen Regierung in Berlin zu vermindern und die englisch-deutschen Beziehungen zu vergiften.

Falsch ist sodann, daß der englisch-französische Vertrag von 1904 keine Aggression gegen das Deutsche Reich enthalten habe. Man braucht heute nicht mehr nachzuweisen, daß die Franzosen beabsichtigten, die deutsche wirtschaftliche Rivalität in Marokko auf admini-

strativem Wege zu bekämpfen und namentlich jeden politischen Einfluß Deutschlands auszuschließen. Wir können aber noch mehr behaupten. Für die französische Regierung und die öffentliche Meinung stand fest, daß der Kolonialvertrag mit England zugleich ein Hilfsmittel für die Revanche sein sollte. Nicht überseeische Fragen, wie Aegypten und Marokko, führten französische Staatsmänner und Publizisten während der Verhandlung über das Abkommen aus, bildeten den Angelpunkt der französischen auswärtigen Politik, sondern die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens. Diesem Zweck müsse auch die Gewinnung der englischen Freundschaft durch das koloniale Abkommen dienen. Die englische Regierung wußte also erstens, daß die französische nach dem Abschluß des Vertrags eine Aktion zur Verdrängung der Rechte der Deutschen in Marokko beginnen werde, und zweitens, daß der Geist der Revanche, der grundsätzlich friedensfeindlich war und früher oder später zum Kriege führen mußte, durch die neue Freundschaft belebt werden sollte<sup>1)</sup>. Allerdings hat nicht Grey, sondern Lansdowne den Vertrag geschlossen, aber Grey hat sich innerlich und äußerlich mit ihm identifiziert, trägt also die Verantwortung für die Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen seit 1904 mit.

In der Entente von 1907 lebte kein besserer Geist. Zunächst: wie verträgt es sich mit der so emphatisch gerühmten Aufrichtigkeit und Vertragstreue Greys, wenn er in dem Vertrag feierlich die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Persiens proklamierte, obgleich er nach Trevelhans eigenen Worten genau wußte, daß die Unabhängigkeit Persiens längst verletzt war, und daß Rußland unter dem Schutz dieses Vertrags sie auch fernerhin zu verletzen entschlossen war? (S. 116 ff.) Die Gründe, die Grey und nach ihm Trevelhan anführen, daß das Abkommen für England Vorteile brachte und daß England schwerlich ohne Krieg dem russischen Vordringen in Persien Einhalt tun konnte, haben viel Gewicht, aber sie heben den Widerspruch zwischen Prinzip und Praxis nicht auf und sind mit dem Charakter der Greyschen Politik, wie ihn Trevelhan angesehen wissen will, nicht verträglich.

Wenn dann Trevelhan zum Beweise für die deutschfreundliche Gesinnung Greys auf die Vertragsentwürfe von 1914 hinweist, so übersteht diese Argumentation, daß dem durch den Krieg vereitelten

---

<sup>1)</sup> Der Beweis hierfür in meinem Aufsatz in den „Münchener Gelben Seiten“, April 1938.

Vertrage über die Bagdadbahn eine Reihe von Jahren bitterer englischer Feindschaft gegen die Bagdadbahn vorherging, und daß die englisch-russische Entente auf den Ausschluß Deutschlands aus Persien hinarbeitete. Keine Konzession politischen Charakters dürften Deutsche erhalten, stellten Grey und Iswolski während der Verhandlungen fest, und nach dem Abschluß hat gerade Grey immer wieder betont, daß Deutschland eine Eisenbahnkonzession in Persien nicht erhalten, überhaupt keine Rolle dort spielen dürfe (9. Oktober 1908, 16., 18. März, 17. August 1910). Ja, die Erteilung von Konzessionen irgendwelcher Art an Deutschland war ihm unwillkommen. Er sprach sich gegen die Erteilung von Konzessionen an Deutsche in der neutralen Zone aus (27. November 1909, Oktober 1912), und die Zulassung der deutschen Interessen in der russischen Zone schien ihm höchst bedenklich (6. Februar 1912). Damit war der Kampf gegen deutsche Unternehmungen in Persien überhaupt eröffnet, denn Grey wird gegen die Deutschen in der englischen Zone nicht entgegenkommender gewesen sein als in den beiden anderen (die Belege bei Siebert).

So ist die Schilderung der englisch-deutschen Beziehungen auf falschen Grundlagen aufgebaut. Indessen, diese asiatischen Angelegenheiten, so charakteristisch sie für den Geist der Greyschen Politik sind, betreffen doch nur die Peripherie in den großen Beziehungen, ins Zentrum führt Greys Stellungnahme zu den Balkanfragen. Auch hier hat Grey nach Trevelyan stets den Frieden zu fördern gesucht; er hat als „ehrlicher Makler“ zwischen Oesterreich-Ungarn und den slawischen Interessen am Balkan gehandelt, „er hat weder direkt noch indirekt die Balkanallianz angestiftet“. Er war „schuldlos“ (blameless) in dieser Sache: es muß also wohl ein blame in der Herbeiführung des Balkanbunds liegen. Hier führen die Tatsachen den Verfasser völlig ad absurdum. Im Oktober 1908 hat der serbische Minister des Auswärtigen Milowanowitsch Grey und seinem Unterstaatssekretär Hardinge persönlich vorgetragen, daß Serbien eine Kompensation für die Annexion Bosniens verlange und den Krieg vorbereiten werde, wenn sein Wille nicht erfüllt werde. Er hat ihnen weiter seine Absicht enthüllt, sich mit Bulgarien zu verständigen, und die Antwort erhalten, „England blicke mit der größten Sympathie auf die Annäherung der Balkanstaaten. Auf meinen (Milowanowitschs) Wunsch werde man in Sofia Ratschläge geben und in Konstantinopel erklären, daß ein serbisch-bulgarisches Abkommen nicht gegen die Türkei gerichtet sei“. Als Grey diese Versicherung gab, wußte er, daß Oesterreich die Er-

füllung der serbischen Kompensationsforderung verwarf, er war auch der Meinung, daß Serbien kein Recht zu einem solchen Anspruch habe: er hat trotzdem diese Erklärung abgegeben und damit den serbisch-bulgarischen Bund, der nach Milowanowitschs Worten auf den Krieg hinauslief, wenn nicht angestiftet, so doch in seinen ersten Anfängen lebhaft gefördert. In den nächsten Monaten hat England weiter für ein Bündnis der Balkanstaaten gewirkt, um das weitere Vordringen des österreichischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel zu verhindern. Wenn die Londoner Regierung zugleich der Belgrader wiederholt den Rat gegeben hat, es nicht zum Bruch mit Oesterreich-Ungarn zu treiben, so war dieser friedliche Rat zeitlich bedingt, weil keine Großmacht augenblicklich Serbien beistehen werde. Aber Hardinge setzte bei einer solchen Mahnung hinzu (27. Februar 1909: Boghitschewitsch, Die auswärtige Politik Serbiens, Nr. 103), „daß es besser wäre, sich in das Unvermeidliche zu schicken, andererseits sich aber vorzubereiten, sich zu organisieren und alle Kräfte für eine künftige bessere Gelegenheit zu konzentrieren“. Und in den folgenden Wochen hat Grey der serbischen Regierung abermals Verständigung mit Bulgarien empfohlen und sich entsprechend in Sofia geäußert, wofür er stets Nachrichten über den Stand der serbisch-bulgarischen Besprechungen erhielt (z. B. 28. April 1909). Eine offizielle Vermittlung übernahm die englische Regierung zwar nicht, aber, sagte Hardinge, sie sei bereit, „in passender Form und zu passender Zeit, „par un mot ci — par un mot là ihre Disposition in dieser Richtung zu bekunden“ (25. Mai 1909, Boghitschewitsch). Bulgarien und Serbien müßten einander finden, denn es bestehe eine Interessengemeinschaft zwischen ihnen, wie etwa zwischen England und Frankreich. Ueber den politischen Charakter dieser östlichen Entente war Hardinge ebenfalls nicht im Zweifel: die letzte Balkankrise, sagte er, wäre möglicherweise ganz anders ausgefallen, wenn Serbien und Bulgarien von Anfang an einig gewesen wären. Darum sollten die Balkanländer an die Zukunft denken: „nur zwei Jahre soll der Friede am Balkan herrschen, es sollen die gegenseitigen Ueberfälle und Treibereien endlich einmal aufhören, dann wird sich vieles ereignen, und man wird vieles wieder gut machen können“. Daß die serbische Regierung diese Worte als Billigung ihrer Bestrebungen, das Ergebnis der letzten Monate in Bosnien wieder umzustößen, auffassen mußte, leuchtet ein. Sie konnte also bei einem neuen Konflikt mit Oesterreich-Ungarn außer auf das Wohlwollen Rußlands auf das Englands rechnen: in ihrer unter-

irdischen Propaganda gegen die Wiener Regierung in den südslawischen Provinzen mußte sie sich durch solche Bemerkungen gestärkt fühlen. Die englische Regierung ist somit moralisch mitverantwortlich für die in den folgenden Jahren von Serbien ausgehenden Attentate und sonstigen Unternehmungen bis zum 28. Juni 1914. Um so weniger konnte Grey den offensiven anti-österreichischen Charakter des erwünschten Balkanbunds bezweifeln, als Iswolksi seine Absicht, den Balkanbund in den Dienst seiner österreichfeindlichen Politik zu stellen, deutlich aussprach (2. November 1909, Nr. 871). Dies Bekenntnis hielt Grey und Hardinge nicht ab, ihr Zureden in Belgrad und Sofia fortzusetzen, sie empfahlen sogar, auch Montenegro für den Bund zu gewinnen (29. November 1909, Boghitschewitsch, S. 146). Die Beteiligung dieses Staates war gewiß nicht geeignet, den konservativen Charakter des Bündnisses zu erhöhen.

Daß die Tendenz des Balkanbunds sich außer gegen Oesterreich gegen die Pforte richtete, war den Londoner Politikern nicht weniger klar. Die mazedonischen Aspirationen der Balkanstaaten waren allbekannt, und seit Ende 1909 häuften sich die Nachrichten, daß in Bulgarien namentlich starke Neigung zum Angriff auf die Pforte bestehe (23. Oktober, 24. November 1909, 5. Januar, 26. März 1910 u. ff.). „Recht unheilverheißend“ bemerkte Grey schon am 5. Januar 1910 dazu, aber wir finden nicht, daß er von solchen Bestrebungen abgemahnt und den Abschluß des Bundes, der so unheilvolle Ziele hatte, seitdem widerraten hätte. Die englischen Gesandten in Sofia und Belgrad sind vielmehr neben den russischen Patrone der bulgarisch-serbischen Allianz geblieben (z. B. Brit. A. Bd. 9, Nr. 527, 533, 539, 543).

Die Darstellung der Julikrisis endlich ist vollends ungenügend. Man sollte erwarten, daß hier, im Höhepunkt der Greyschen politischen Tätigkeit, alle seine Handlungen und Motive genau untersucht und auf ihre Uebereinstimmung mit den von Trevelyan seinem Helden zugeschriebenen Prinzipien — Erhaltung des Friedens und des internationalen Rechts — geprüft werden würden, aber die Darstellung ist so lückenhaft, daß man sich nach ihr nicht einmal von dem allgemeinen Gang der Ereignisse, geschweige denn von den intimen Motiven der handelnden Personen ein Bild machen kann. Nur wenig sei deshalb hervorgehoben, um seine Eraktheit zu charakterisieren. Seine Voreingenommenheit wird gekennzeichnet durch die Worte, der Mord von

Sarajewo „war weder die Tat noch der Wunsch der damaligen serbischen Regierung“; sie brauchen nach dem, was in den „Berliner Monatsheften“ seit mehr als einem Jahrzehnt darüber erschienen ist, nicht mehr ernst genommen zu werden. Trevelyan findet es ganz natürlich, daß Grey die Prüfung der Rechtslage in dem serbisch-österreichischen Streit von vornherein ablehnte und die Angelegenheit allein durch die russische Brille betrachtete. Rußland wollte Serbien vor der österreichischen Züchtigung bewahren, und England durfte nicht von seiner Seite weichen, obgleich Grey wußte, daß Serbien seine feindselige Politik gegen Oesterreich auch in Zukunft nicht zu ändern gesonnen war. Es bleibt Trevelyans Geheimnis, wie diese Haltung mit den seinen Helden angeblich leitenden Grundsätzen, insbesondere mit der Aufrechterhaltung des internationalen Rechts, wozu doch Grey als englischer Minister besonders verpflichtet war, zu vereinbaren ist. Er hat kein Verständnis dafür, daß die Greysche Politik von Oesterreich tatsächlich die Ausstellung eines Freipasses für die Fortsetzung der serbischen revolutionären Propaganda verlangte.

Grundfalsch ist das Urteil über die ersten Tage der Krisis. Es war sinnlos, sagt er, „von der Lokalisierung eines Krieges mit dem Ziel einer Zerstörung Serbiens zu sprechen“. Tatsächlich handelte es sich nicht um Zerstörung Serbiens, sondern um die Zertrümmerung der antiösterreichischen friedensfeindlichen Organisationen, und Grey selbst hat Lichnowsky gegenüber die Möglichkeit einer Lokalisierung nicht a limine abgewiesen. Gleichzeitig hat er freilich der russischen Regierung unter den Fuß gegeben, gegen die Wiener Note an Serbien zu protestieren. Sodann folgt Trevelyan einer Erzählung Greys aus dem Jahre 1918, daß die Ablehnung der Londoner Konferenz durch Deutschland ihn der Möglichkeit beraubt habe, „gegen die Mobilmachung oder die Kriegsvorbereitungen Rußlands bis zu einer Konferenz Einspruch“ zu erheben. Indessen, der Konferenzvorschlag war einmal darauf berechnet, eine Rußland günstige Mehrheit zu bilden, wie Grey selbst dem Grafen Benckendorff auseinandergesetzt hat, und zweitens sollte er Deutschland als vermittelnde Macht verpflichten, jede militärische Vorbereitung zu unterlassen, während Rußland die notwendige Rüstungsfrist gewönne. Ueber die falsche Berichterstattung Greys im Kabinettsrat am 27. Juli erfährt man natürlich nichts, ebensowenig über die Ermutigungen Rußlands zu Rüstungen und die Anehrlichkeit, mit der Grey die letzten deutschen Vorschläge am 1. August behandelt hat. Anders als Brandenburg nehme ich an, daß Grey an diesem Tage

nicht einen verzweifelten Versuch zur Rettung des Friedens unternommen, sondern danach getrachtet hat, Deutschland zu einer Aeußerung über Frankreich zu verleiten, die er zur Begründung der längst beschlossenen Teilnahme am Kriege verwenden konnte. Schon das von ihm konstruierte, tatsächlich nicht vorhandene „Mißverständnis“, das seinen Rückzug verdecken sollte, als jene Absicht mißlang, beleuchtet seine Aufrichtigkeit hinreichend. Diese Auffassung steht durchaus mit den Quellen im Einklang und entspricht der Gesamtpolitik Greys seit dem Antritt seiner Ministerschaft, sowie der in den Julitagen wiederholt bewiesenen Doppelzüngigkeit<sup>1)</sup>. Ich kann daher auch Brandenburgs Anschauung, daß Grey sich „über die wahren Beweggründe der deutschen sowohl wie der französischen und russischen Politik in einem furchtbaren und verhängnisvollen Irrtum befand“ und durch diesen Irrtum in eine seinen innersten Wünschen widersprechende Richtung gedrängt wurde, nicht zustimmen. Ueber die deutsche Politik war er allerdings in einer falschen Doktrin befangen, aber die Absicht der französischen Politik, eine europäische Verwicklung zum Angriff auf Deutschland zu benutzen — man denke nur abgesehen von früheren Vorgängen an die Haltung der Pariser Regierung in der Balkankrise 1912/13 und speziell an die Berichte Wilsons — war ihm ebenso bewußt wie der Vorsatz Rußlands, seine Vorherrschaft am Balkan auf Kosten Oesterreichs zu errichten. Rußlands Vorgehen in der letzten Balkankrise, die unablässige Verstärkung der Armee, insbesondere der Ausbau der strategischen Eisenbahnen im Westen, die zügellosen Angriffe der öffentlichen Meinung gegen Oesterreich und Deutschland und das Drängen auf eine Marinekonvention mit England konnten ihn genügend aufklären, daß Rußland einen Krieg gegen die Mittelmächte vorbereitete.

---

<sup>1)</sup> Näher begründet ist meine Auffassung in meiner „Bilanz des Krieges“ und in den Aufsätzen „Berl. Monatshefte“ VI, VII, VIII, IX, XII, XIII, Histor. Zeitschr. Bd. 130, Archiv f. Politik u. Gesch. 1928. Mit Hermann Oncken, „Nation u. Geschichte“ S. 439 stimme ich in den wichtigsten Punkten überein. Nebenbei: die erste programmatische Aussprache im englischen Kabinett fand nicht vor dem 27. Juli statt. Nach den übereinstimmenden Äußerungen von Asquith, Churchill und Lloyd George hat Grey am 24. nur Mitteilung von dem österreichischen Ultimatum gemacht und die Lage für ernst erklärt, ohne die Konsequenzen für die englische Politik zu erörtern. Das bezeugt sogar Churchill ausdrücklich. Infolgedessen kann Grey auch am folgenden Tage nicht anders zum König gesprochen haben, so daß dessen Gutgläubigkeit in seiner Unterredung mit dem Prinzen Heinrich erwiesen scheint (zu Oncken S. 459, 464).

Der Irrtum, der Grey zu seiner kriegerischen Politik geführt hat, liegt in einem anderen Punkte. Er glaubte an die Wahrscheinlichkeit einer deutsch-russischen Verständigung gegen England, wenn England nicht in allen Krisen Rußland zur Seite stand, und diese Gemeinschaft hätte nach seiner Ueberzeugung für die britische Macht die größte Gefahr bedeutet. Um diese Gefahr zu beschwören, glaubte er auch nicht vor einem Weltkrieg, wenn ihn Rußland verlangte, zurückschrecken zu dürfen. Tatsächlich war eine solche Bundesgenossenschaft angesichts der deutschfeindlichen panslawistischen Strömung in Rußland ausgeschlossen; sie war ja schon im Jahre 1905 gescheitert, und wie sehr hatte sich seitdem die Kluft zwischen dem Zarenreich und den Mittelmächten vertieft! Ungenügende Kenntnis des Festlands hat also Grey zu seiner verhängnisvollen Politik getrieben; ethische Erwägungen hätten ihn im letzten Augenblick noch von der Unterstützung der ungerechten und friedensfeindlichen serbisch-russischen Politik zurückhalten und zum Eintreten für das internationale Recht und den Frieden bestimmen müssen — aber er hat ihnen in seinen Entschlüssen keinen Raum gewährt.